

**DWS Investment GmbH
60612 Frankfurt am Main**

An die Anteilinhaber des OGAW-Sondervermögens

DWS European Net Zero Transition (ISIN: DE0005152375)

Wir beabsichtigen, die folgenden Änderungen der Besonderen Anlagebedingungen mit der Genehmigung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht („BaFin“) für das oben genannte OGAW-Sondervermögen vorzunehmen:

A. Anpassung der Allgemeinen Anlagebedingungen

1. Emittentengrenzen und Anlagegrenzen

§ 11 Absatz 4 der Allgemeinen Anlagebedingungen (AAB) („Emittentengrenzen und Anlagegrenzen“) wird angepasst und ergänzt. Es wird klargestellt, dass die Gesellschaft je Emittent bis zu 25% des Wertes des OGAW-Sondervermögens in bestimmte Pfandbriefe, Kommunalschuldverschreibungen sowie Schuldverschreibungen anlegen darf.

Darüber hinaus wird ein neuer Unterabsatz lit. b) eingefügt, der die Änderungen im Zusammenhang mit der Emission gedeckter Schuldverschreibungen gemäß Artikel 3 Nummer 1 der Richtlinie (EU) 2019/2162 vom 27. November 2019 berücksichtigt, sofern diese nach dem 7. Juli 2022 begeben wurden.

Der Wortlaut von § 11 Absatz 4 AAB lautet künftig wie folgt:

„§ 11 Emittentengrenzen und Anlagegrenzen

(...)

4. Die Gesellschaft darf je Emittent bis zu 25% des Wertes des OGAW-Sondervermögens anlegen in

a) Pfandbriefe und Kommunalschuldverschreibungen sowie Schuldverschreibungen, die von Kreditinstituten mit Sitz in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum vor dem 8. Juli 2022 ausgegeben worden sind, wenn die Kreditinstitute aufgrund gesetzlicher Vorschriften zum Schutz der Inhaber dieser Schuldverschreibungen einer besonderen öffentlichen Aufsicht unterliegen und die mit der Ausgabe der Schuldverschreibungen aufgenommenen Mittel nach den gesetzlichen Vorschriften in Vermögenswerten angelegt werden, die während der gesamten Laufzeit der Schuldverschreibungen die sich aus ihnen ergebenden Verbindlichkeiten ausreichend decken und die bei einem Ausfall des Emittenten vorrangig für die fällig werdenden Rückzahlungen und die Zahlung der Zinsen bestimmt sind.

b) gedeckte Schuldverschreibungen im Sinne des Artikels 3 Nummer 1 der Richtlinie (EU) 2019/2162 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2019 über die Emission gedeckter Schuldverschreibungen und die öffentliche Aufsicht über gedeckte Schuldverschreibungen und zur Änderung der Richtlinien 2009/65/EG und 2014/59/EU (ABl. L 328 vom 18. Dezember 2019, S. 29), die nach dem 7. Juli 2022 begeben wurden.

Legt die Gesellschaft mehr als 5% des Wertes des OGAW-Sondervermögens in Schuldverschreibungen desselben Emittenten nach Satz 1 an, so darf der Gesamtwert dieser Schuldverschreibungen 80% des Wertes des OGAW-Sondervermögens nicht übersteigen.“

2. Streitbelegungsverfahren

Der Verweis in § 25 AAB („Streitbelegungsverfahren“) auf die europäische Online-Streitbelegungsplattform, deren Tätigkeit zum 20. Juli 2025 durch die EU eingestellt wurde, wird gestrichen.

§ 25 der Allgemeinen Anlagebedingungen lautet künftig wie folgt:

„§ 25 Streitbeilegungsverfahren

Die Gesellschaft hat sich zur Teilnahme an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle verpflichtet.

Bei Streitigkeiten können Verbraucher die Ombudsstelle für Investmentfonds des BVI Bundesverband Investment und Asset Management e.V. als zuständige Verbraucherschlichtungsstelle anrufen. Die Gesellschaft nimmt an Streitbeilegungsverfahren vor dieser Schlichtungsstelle teil.

Die Kontaktdaten lauten:

Büro der Ombudsstelle des BVI Bundesverband Investment und Asset Management e.V.,

Unter den Linden 42, 10117 Berlin,

www.ombudsstelle-investmentfonds.de.“

B. Anpassung der Besonderen Anlagebedingungen

1. ESG-Bewertungsansätze

In § 27 der Besonderen Anlagegrenzen (BAB) („Anlagegrenzen“) wird in Absatz 3.a. der ESG-Bewertungsansatz „Ausschluss-Bewertung für umstrittene Sektoren“ dahingehend angepasst, dass künftig auch der „Ausschluss für Kraftwerkskohle“ im Rahmen dieser ESG-Bewertung berücksichtigt wird. Der entsprechende Ausschluss wird aus Absatz 3.b. („Ausschlüsse nach dem Referenzwert MSCI Europe IMI EU CTB Overlay Index“) gestrichen. Alle weiteren ESG-Bewertungsansätze bleiben unverändert. Die Ausschlussbewertung für umstrittene Sektoren in § 27 Absatz 3.a. lautet künftig wie folgt:

§ 27 Anlagegrenzen

(...)

3.a. ESG-Bewertungsansätze

(...)

Ausschluss-Bewertung für umstrittene Sektoren

Unternehmen, die in bestimmten Wirtschaftszweigen tätig und an Geschäftstätigkeiten in umstrittenen Bereichen („umstrittene Sektoren“) beteiligt sind, werden abhängig von dem Anteil am Gesamtumsatz, den sie in den umstrittenen Sektoren erzielen, wie folgt ausgeschlossen:

- Herstellung von Produkten und/oder Erbringung von Dienstleistungen in der Rüstungsindustrie: 5% oder mehr,
- Herstellung und/oder Vertrieb ziviler Handfeuerwaffen oder Munition: 5% oder mehr,
- Herstellung von Produkten und/oder Erbringung von Dienstleistungen für die Glücksspielindustrie: 5% oder mehr,
- Herstellung von Erwachsenenunterhaltung: 5% oder mehr,
- Herstellung von Palmöl: 5% oder mehr,
- Stromerzeugung aus Kernkraft, und/oder Abbau von Uran und/oder Anreicherung von Uran: 5% oder mehr,
- Unkonventionelle Förderung von Rohöl und/oder Erdgas (einschließlich Ölsand, Ölschiefer/Schiefergas, Bohrungen in der Arktis): mehr als 0%,
- Unternehmen, die 1% oder mehr ihres Umsatzes aus dem Abbau von Kraftwerkskohle und/oder Verkauf von Kraftwerkskohle an externe Parteien erzielen,
- Unternehmen, die 25% oder mehr ihres Umsatzes aus dem Abbau von Kraftwerkskohle und kohlebasierter Energiegewinnung erzielen, sowie Unternehmen mit Expansionsplänen für Kraftwerkskohle, wie beispielsweise einer zusätzlichen Kohlegewinnung, -produktion oder -nutzung. Unternehmen mit Expansionsplänen für Kraftwerkskohle werden basierend auf einer internen Identifizierungsmethode ausgeschlossen.

Ebenfalls ausgeschlossen werden Unternehmen, die an der Herstellung oder dem Vertrieb von Nuklearwaffen oder Schlüsselkomponenten von Nuklearwaffen beteiligt sind. Dabei können die Beteiligungen innerhalb einer Konzernstruktur berücksichtigt werden. (...)

2. Erläuterung der Ausgestaltungsmerkmale der „F“-Anteilklasse

Für das OGAW-Sondervermögen ist derzeit die Anteilklasse mit dem Zusatz „F“ in den §§ 30 und 31 BAB vorgesehen. In § 29 BAB („Anteile“) wird ein neuer Absatz 2 aufgenommen, der die Ausgestaltungsmerkmale der Anteilklasse erläutert und künftig wie folgt lautet:

„§ 30 Anteile

(...)

2. Die Anteile der F-Anteilklasse sind für Anleger verfügbar,

- (i) die Anteile über nicht in Spanien ansässige Vertriebsstellen erwerben,
- (ii) die Anteile über in Spanien ansässige Vertriebsstellen erwerben und professionelle Anleger im Sinne von § 1 Absatz 19 Nummer 32 KAGB sind.

Professionelle Anleger im Sinne von § 1 Absatz 19 Nummer 32 KAGB, die Anteile der F-Anteilklasse handelnd in eigenem Namen für einen Dritten erwerben, müssen der Gesellschaft bestätigen, dass die Anteile für einen professionellen Anleger im Sinne von § 1 Absatz 19 Nummer 32 KAGB erworben werden. Die Gesellschaft kann nach eigenem Ermessen einen Nachweis für das Vorliegen dieser Voraussetzungen verlangen. (...)

3. Kündigungsrecht der Gesellschaft

In § 29 BAB („Anteile“) wird ein neuer Absatz 3 eingeführt. Dieser informiert die Anleger über die Berechtigung der Gesellschaft einem Anleger aus wichtigem Grund zu kündigen und lautet wie folgt:

„§ 29 Anteile

(...)

3. Die Gesellschaft ist berechtigt, einem Anleger aus wichtigem Grund zu kündigen. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn

- es sich bei dem Anleger um eine US-Person (entsprechend der Definition des Begriffes „US-Person“ gemäß Regulation S des Securities Act) oder
- der Name des Anlegers auf die von der EU-Kommission gepflegte Konsolidierte Liste der Personen, Vereinigungen und Körperschaften, gegen die finanzielle Sanktionen der EU verhängt wurden sowie auf die entsprechenden United Nations-, United States OFAC- und United Kingdom (HMT)-Sanktionslisten, aufgenommen wurde.

Mit Zugang der Kündigung ist der Anleger verpflichtet, die erhaltenen Anteile unverzüglich an die Gesellschaft zurückzugeben. Die Gesellschaft ist verpflichtet, die Anteile zum jeweils geltenden Rücknahmepreis für Rechnung des Sondervermögens zurückzunehmen. (...)

4. Abrechnung des Ausgabe- und Rücknahmepreises

In § 30 BAB („Ausgabe- und Rücknahmepreis, Orderannahmeschluss“) wird in Absatz 4 die Abrechnung des Ausgabe- und Rücknahmepreises angepasst. Bisher erfolgt die Abrechnung des Ausgabe- und Rücknahmepreises - abhängig vom Zeitpunkt des Auftragseingangs - auf Basis des Anteilwertes desselben oder des darauffolgenden Bewertungstages („Same-Day-Pricing“). Zukünftig wird die Abrechnung - abhängig vom Zeitpunkt des Auftragseingangs - auf Basis des nächsten oder des übernächsten Bewertungstages erfolgen („Forward-Pricing“).

§ 30 Absatz 4 lautet künftig wie folgt:

„§ 30 Ausgabe- und Rücknahmepreis, Orderannahmeschluss

(...)

4. Aufträge für die Ausgabe und Rücknahme von Anteilen, die bis spätestens 13:30 Uhr CET („Orderannahmeschluss“) an einem Bewertungstag bei der Gesellschaft oder der Verwahrstelle eingegangen sind, werden auf der Grundlage des Anteilwertes des nächstfolgenden Bewertungstages abgerechnet. Aufträge, die nach 13:30 Uhr CET bei der Gesellschaft oder der Verwahrstelle eingehen, werden auf der Grundlage des Anteilwertes des übernächsten Bewertungstages abgerechnet. (...).“

Darüber hinaus werden weitere Anpassungen der Allgemeinen und Besonderen Anlagebedingungen vorgenommen, die ausschließlich redaktioneller Natur sind und keine inhaltlichen Änderungen darstellen.

Die Änderungen der Allgemeinen und Besonderen Anlagebedingungen treten am 28. Februar 2026 in Kraft.

Sofern die Anteilinhaber mit den Änderungen der Allgemeinen und Besonderen Anlagebedingungen nicht einverstanden sind, können sie ihre Anteile an dem OGAW-Sondervermögen kostenlos zurückgeben. Bitte wenden Sie sich diesbezüglich an Ihre depotführende Stelle.

Die jeweils gültigen Vertragsbedingungen, der Verkaufsprospekt sowie das Basisinformationsblatt sind bei der DWS Investment GmbH kostenlos erhältlich sowie online unter www.dws.de abrufbar.

Frankfurt am Main, im Februar 2026

Die Geschäftsführung